



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Das neue Ministerium in Württemberg.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Den Stoff der Bevölkerungsstatistik liefern auf der einen Seite regelmäßige, von Tag zu Tag fortgeführte Civilstandsregister, auf der anderen gelegentliche, von Zeit zu Zeit wiederkehrende allgemeine Volkszählungen. Jene sind etwa gleichzeitig unter Franz dem Ersten in Frankreich und unter Heinrich dem Achten in England angeordnet worden; in Deutschland haben wir sie in einzelnen Städten schon früher, z. B. in Augsburg seit 1500, für ein größeres Gebiet zuerst durch Kurfürst Johann Georg von Brandenburg im Jahre 1573. Veröffentlicht wurden sie zuerst in London unter Königin Elisabeth, 1592, und regelmäßig seit 1603. Besonders genau wurden sie seit 1686 in Schweden geführt, sodaß sie den Grund zu der dortigen, schon seit langer Zeit musterhaften Behandlung der Bevölkerungsstatistik legen konnten. Mit regelmäßig sich wiederholenden Volkszählungen sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika der Alten Welt vorangegangen. Die Censuseriode beträgt dort zehn Jahre; anderswo fünf, im deutschen Zollverein bisher nur drei, in Zukunft aber voraussichtlich ebenfalls fünf Jahre. Während der letzten Jahrzehnte haben die Regierungen durchweg der periodischen Aufnahme der Bevölkerung viel Aufmerksamkeit zugewandt, und statistische Congressse sind ihnen seit 1853, was die Verbesserung der Methode betrifft, dabei zu Hilfe gekommen. Das Zählungsgeschäft, das in einem größeren Lande begreiflicher Weise sehr mühsam und kostspielig ist, wird neuerdings durch die Anwendung der Selbstzählung, d. h. der Selbsteintragung der Gezählten in die ihnen zugestellten officiellen Formulare, und der Zählblättchen bei der methodischen Zusammenstellung erleichtert. Dagegen ist es zu internationalen Verständigungen über gleiche Perioden, gleiche Zählungstermine, gleiches Verfahren bei der Erhebung und bei der Zusammenstellung noch nicht gekommen, wiewohl dies alles in der Consequenz der gemeinschaftlichen Erörterung der Methode auf einem periodischen statistischen Weltcongreß zu liegen scheint.

Das neue Ministerium in Württemberg.

Aus Schwaben, Anfang April.

Die erste Ueberraschung über die Ministerveränderung in Württemberg hat sich gelegt. Schon nach wenigen Tagen hatte die Sprache der enttäuschten Patrioten Mühe, sich auf der Höhe ihrer anfänglichen Entrüstung zu halten, verstummt sind die extravaganten Muthmaßungen, was die neuen Persönlichkeiten bedeuten mögen, das Land wartet die Handlungen ab, aus welchen es ein sicheres Urtheil sich zu bilden vermag.

Eine Andeutung gibt das Ministerprogramm, das der Staatsanzeiger am Abend des 28. März veröffentlichte. Zwar, was darin über die deutsche

Politik des Ministeriums im Allgemeinen gesagt ist, entbehrt vollständig des Reizes der Neuheit. Es ist nachdrücklich von der Selbständigkeit Württembergs wie nicht minder von dem aufrichtigen und loyalen Halten der Verträge die Rede, in derselben Weise wie dies seit geraumer Zeit die stereotype Formel der süddeutschen Regierungen ist, die der Graf Bray heute ebenso wiederholt, wie der Fürst Hohenlohe sie mehr als einmal wiederholt hat, und die auch im Munde der Herren v. Barmbüler und v. Mittnacht nicht eben neu ist. Mit großer Kunst ist in der genannten Kundgebung der württembergischen Regierung alles vermieden, was irgendwie die eine Hälfte des doppelseitigen Programms auf Kosten der anderen als stärker betont erscheinen lassen könnte. Beides ist mit gleichem Nachdruck ausgesprochen, beides steht auf derselben Rangordnung: die Selbständigkeit des Staats und die Heiligkeit der Verträge. Vielleicht kann man das redliche Bemühen herauslesen, die Haltung der Regierung genau wieder in die goldene Mitte zu rücken, welche zwar officieell schon immer ihr Programm gewesen ist, aber so, daß unglücklicherweise stets eine unverkennbare Declination von diesem mathematischen Mittelpunkt beobachtet wurde. Denn immer waren ihre öffentlichen Kundgebungen darauf berechnet, sich die Volkspartei wie die deutsche Partei in gleich respectvoller Entfernung vom Leibe zu halten, sie stellte sich in die unnahbare Mitte zwischen diesen beiden gleich verderblichen Extremen; sobald aber die bloß theoretische Stellung nicht ausreichte und es sich traf, daß die Regierung zu einem praktischen Verhalten sich genöthigt oder veranlaßt sah, pflegte sich der Schwerpunkt mit astronomischer Gesetzmäßigkeit zu verrücken; der Abstand von der deutschen Partei erweiterte sich in demselben Maße als der Abstand von der Volkspartei sich verminderte, zuweilen schien er zu verschwinden, für das unbewaffnete Auge war er zu Zeiten gar nicht mehr zu erkennen. Ob dies in Zukunft sich anders gestalten wird steht dahin. Daß die Neigung des Doppelgestirns Barmbüler-Mittnacht sich erheblich geändert haben könne, wird vielfach bezweifelt und grämliche Propheten verkündigen bereits, daß im nächsten Frühjahr, das die Zollparlamentswahlen bringt, so ziemlich die gleiche Constellation am schwäbischen Firmament wieder sichtbar sein werde, wie sie im Frühjahr 1868 die Aufmerksamkeit der Erdbewohner auf sich zog.

Aber nicht die platonischen Sätze über Selbständigkeit und Verträge waren der Kern jenes Manifestes der Regierung. Vor allem war man begierig zu erfahren, wie die neue Regierung zu den aus der Mitte der Volksvertretung aufgetauchten Forderungen in der Militärfrage sich verhalten, wie es den drohenden Militärconflitt beschwören werde. Und das Manifest bleibt die Antwort nicht schuldig. Es bestätigt sich, daß der neue Kriegsminister bei seinem Eintritt ins Cabinet sich zu Reductionen in seinem Departement entschließen mußte, welche den Forderungen der Kammermehr-

heit wesentlich entsprechen. Freilich nicht den Forderungen der Volksredner auf den zahlreichen Versammlungen, welche die letzten Monate schwäbischer Geschichte ausfüllten. Allein von diesen über die Jahrhunderte hinüberlaufenden Forderungen und Doctrinen war ja in den bescheidenen Anträgen, die vor den Ständesaal gebracht wurden, kaum mehr die Spur zu erkennen. Vielmehr waren diese Anträge nur eine Copie derselben Wünsche und Beschwerden, wie sie schon in den 30er und 40er Jahren nichts Ungewöhnliches in den süddeutschen Ständeversammlungen waren, also in Zeiten, die so glücklich waren, noch nichts von Cäsarismus und Militarismus, von drohender Verpreußung oder von der Genfer Friedensliga und der Jacoby'schen Theorie der Menschengesichter zu wissen. Auf solche neumodische Theorien war die Regierung nicht veranlaßt, eine Antwort zu ertheilen, weil sie in officieller Form noch gar nicht aufgetreten sind. Was aber der Antrag der 45 begehrte, namentlich wie ihn der Abg. Probst erläuterte und wie ihn der Abg. Mohl in seinem Commissionsbericht ausführlich motivirte, nämlich Ersparnisse im finanziellen und volkswirtschaftlichen Interesse, das ist die neue Regierung in der That bereit zuzugestehen.

Herr v. Succow nimmt es auf sich, an der neuen Wehrverfassung, die wesentlich sein Werk ist, festzuhalten und gleichwohl Reductionen vorzunehmen, welche die Wünsche der Mehrheit erfüllen sollen. Daß seine Ernennung an Stelle des Herrn v. Wagner nicht eine einfache Umkehr bedeutet, dafür bürgt schon seine ganze Vergangenheit, und dafür bürgt auch die Ansprache an das 1. Truppencorps, mit welcher er seine Amtsführung eingeleitet hat. Denn danach hat er die Führung des Kriegsdepartements ausdrücklich übernommen, „um der Armee unter schwierigen Verhältnissen die Bedingungen ihres Daseins zu bewahren, die Thätigkeit und den Fortschritt in der Armee zu erhalten und vorwärts zu führen“, und er fügt noch besonders hinzu, daß er in seiner Amtsführung der von seinem Vorgänger eingeschlagenen Richtung „in allen Stücken unverrückt“ treu bleiben werde. Wenn er nun gleichwohl zu Zugeständnissen sich herbeigelassen hat, die der Freiherr v. Wagner verweigern zu müssen glaubte, so that er dies ohne Zweifel im Vertrauen auf sein organisatorisches Talent und in der Ueberzeugung, daß er Wesentliches retten kann, indem er minder Wesentliches preisgibt, das im Augenblick überhaupt nicht festgehalten werden kann. Ein Plan, der möglichste Ersparnisse erzielen soll, ist, wie der Staatsanzeiger angibt, bereits in der Ausarbeitung begriffen, und als Bestandtheile desselben sind angegeben: Beschränkung des Formationsstands der Linie, wodurch zugleich der Bedarf an Rekruten vermindert wird, sowie Festsetzung der Präsenz auf das niedrigste zulässige Maß. Ferner sollen wesentliche Erleichterungen in den Controlvorschriften für Reserve und Landwehr eingeführt werden. Endlich ist eine beschränkte Wiedereinführung der Stellvertretung zum Zweck der Gewinnung eines tüchtigen Unterofficiersstands in Erwägung gezogen.

Dies sind ohne Zweifel sehr gewichtige Zugeständnisse, die nur aus dem ernststen Wunsch hervorgegangen sind, mit der jetzigen Kammermehrheit sich zu vertragen. Sie sind um so gewichtiger, als schon bisher in allen diesen Punkten die Leistungen Württembergs nicht die Höhe der norddeutschen Leistungen erreichten. Weder war die Formation des Heeres ganz dieselbe, und noch weniger die Stärke des Contingents, die Dauer der Präsenz und folglich die Höhe des Aufwands; auch die Controlvorschriften waren schon bisher laxer, und was die bereits bei der gegenwärtigen Präsenz eingetretene Noth betrifft, tüchtige Unterofficiere zu bekommen, so begreift man es, wenn der Kriegsminister in seiner Noth zu verzweifelten Mitteln greift, aber die Wiedereinführung der Stellvertretung bleibt, wenn sie auch nur in beschränktem Umfange stattfindet, eine Durchlöcherung des Princip's der allgemeinen Wehrpflicht.

Und diese Zugeständnisse sind um so bedauerlicher, als die neue Wehrverfassung im Ganzen leicht, ohne eine Spur von Widerstand, eingeführt worden ist. Es war vorauszusehen, daß man sich in wenigen Jahren an die größeren Opfer, die sie erfordert, gewöhnt hätte. Daß das Gesetz eine unerträgliche Bedrückung ist, erfuhr das Volk doch erst aus den Agitationen der Demokraten und Ultramontanen. Bis zuletzt konnte diese ganze Bewegung den Charakter des Künstlichen, Gemachten nicht verläugnen. Die Redner redeten nicht aus einer tiefen Entrüstung und Noth des Volks heraus, sondern sie suchten die Entrüstung in das Volk hineinzureden, was ihnen doch nur auf den Dörfern gelang. Es war nicht eine große Leidenschaft, wie sie sich von selbst von Thal zu Thal fortpflanzt und ein ganzes Volk ergreift, sondern es war ein mühsam studirter Operationsplan, nach welchem die verschiedenen Landesgegenden bearbeitet wurden. Nicht die Noth führte das große Wort, sondern der Uebermuth, und wenn in jenen Volksversammlungen so viel die Rede war von dem wirthschaftlichen Ruin des Landes, von der unausbleiblichen Verarmung, von dem Fluchgesetz, das alljährlich Tausende über den Ocean treibe: so muß man daneben jene anderen Reden derselben Männer halten, wenn sie höhnisch von der Hungerleiderei und dem ärmlichen Leben der Bewohner der Tiefebene erzählen, wie es der stolze freie Schwabe inmitten seiner rauchenden Schote, wogenden Felder und blühenden Nebenhügel nicht kenne und nicht ertragen würde. Man erinnert sich jener vom „Beobachter“ approbirten Definition, wonach die Freiheit im Grunde darin besteht, daß ein Jeder „genug zu essen und genug zu trinken“ hat. Diese Art von Freiheit ist bisher in Württemberg hinreichend vorhanden gewesen.

Die Frage ist nun die, ob jene Zugeständnisse wirklich die Kammermehrheit befriedigen und einen Conflict abwenden werden. Die erste Aufnahme, welche der Nachgiebigkeit der Regierung durch die Patrioten bereitet wurde, war ungeberdig genug. Nichts kam ihnen verdrießlicher, als daß die

Regierung sie so rasch beim Wort nahm. Davon waren sie fast noch mehr betroffen, als von der Ernennung Succow's und dem Rücktritt Goltz's. Die Großdeutschen empfinden es mit Aerger, daß die Wendung zur Nachgiebigkeit nicht ihre Führer ans Ruder gebracht und daß die bleibenden Minister sich nach einer ganz anderen Seite hin ergänzt haben. Die Volkspartei aber ist gänzlich aus dem Concept gebracht. Durch die „vorschnelle Nachgiebigkeit“ der Regierung sieht sie sich ein wirksames Agitationsmittel aus der Hand gewunden. Sie kann nicht länger mit verdeckten Karten spielen. Auch sie hatte sich, um eine Mehrheit zum Sturz des Ministeriums zu Stande zu bringen, jenem bescheideneren Antrag auf „wirthschaftliche und finanzielle Erleichterungen“ angeschlossen. Jetzt, da man unerwarteter Weise diese Forderung bewilligt, ist sie genöthigt, ihre politischen Motive offen hervorzufehren und auf ihre Doctrin der radicalen Umgestaltung des Heerwesens zurückzugreifen. Und mit beidem, sowohl mit dem Angriff auf die Verträge, als mit der Forderung des Militzsystems weiß sie sich in der Minderheit.

Darauf eben rechnet die Regierung. Nachdem sie die officiell gestellten Wünsche befriedigt hat, zählt sie auf Spaltung des gegnerischen Lagers über die weitergehenden Forderungen, welche nicht ausbleiben werden. Und daß es so kommen werde, darauf bereitet allerdings schon der von Moritz Mohl ausgearbeitete Commissionsbericht vor, der in seinem Eingang eine entschiedene, an die Adresse des „Beobachters“ gerichtete Polemik gegen das Militzwesen enthält, der weiterhin die Wiedereinführung der Stellvertretung empfiehlt und der überhaupt am liebsten auf die Leistungen vor 1866 zurückgegangen wissen möchte. So viel ist jetzt schon klar, wenn die große Debatte über die Militärfrage kommt, wird es sich nicht um eine radicale Aenderung des Systems, nicht um Beseitigung des neuen Kriegsdienstgesetzes, sondern um ein Markiren an den einzelnen Positionen innerhalb des Gesetzes von 1868 handeln.

Thuer erkaufte bleibt aber die Abweisung des Angriffs der Patrioten auf alle Fälle. Der Fortschritt unserer militärischen Reorganisation wird zwar nicht rückgängig gemacht, aber gehemmt, die Kluft zwischen den Leistungen des Südens und denen des Nordens wieder erweitert, die Höhe des Armeebestandes, wo nicht die Tüchtigkeit, vermindert und damit die Gewöhnung an die allgemeine Waffenpflicht verzögert. Kurz, die Leistungen des Staats werden geringer, und ob dies das richtige Mittel ist, seine Selbständigkeit zu sichern, wird ja wohl die Zukunft lehren.

7.

Die Handschriften von Arborea.

In den letzten Jahrzehnten kam zu Oristano auf der Insel Sardinien eine größere Anzahl Handschriften und Brieffragmente auf Pergament und Papier zum Vorschein, deren Inhalt die größte Bedeutung für Geschichte und Alterthümer der Insel beanspruchte. Die Documente waren ihrem Inhalte nach aus fast jedem